Antrag A10: Solidarität mit dem 10-Punkte-Plan des Landesschüler*innenrats Brandenburg

Antragsteller*in:	LAG Bildung und Schule, Kreisverband Oberhavel
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke Brandenburg erklärt sich solidarisch mit dem Zehn-Punkte-Plan für die Bildungspolitik, den die Vollversammlung des Landesrates der Schülerinnen und Schüler Brandenburg am 8. Juni 2026 beschlossen und am 18. September 2026 vorgestellt hat.

Der Landesparteitag würdigt den Plan als fundierten, wissenschaftlich gestützten Beitrag der Menschen, um die es in der Schule geht: der Schüler*innen selbst. Wir nehmen ihre Forderungen ernst und machen sie zu unseren.

Die Linke Brandenburg verpflichtet sich,

1. die zehn Forderungen des Landesschüler*innenrats (siehe Anlage) in ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit aufzugreifen und öffentlich zu unterstützen;
2. die Forderungen bei der Weiterentwicklung ihrer bildungspolitischen Programmatik, insbesondere für künftige Wahlprogramme, zu berücksichtigen;
3. den Landesschüler*innenrat, die Kreisschüler*innenräte und die Schüler*innenvertretungen vor Ort als eigenständige, gleichberechtigte Partner*innen anzuerkennen und mit ihnen in einen regelmäßigen Austausch zu treten;
4. sich gemeinsam mit Schüler*innen, Eltern, Lehrkräften, Gewerkschaften und Sozialverbänden für eine sozial gerechte, demokratische und angstfreie Schule in Brandenburg einzusetzen.

Der Landesvorstand wird beauftragt, dem Landesschüler*innenrat diesen Beschluss zu übermitteln und ein Gespräch zur gemeinsamen Umsetzung anzubieten, hier hat er die Landesarbeitsgemeinschaft Schule und Bildung Die Linke Brandenburg einzubinden.

Begründung

Schüler*innen sind die größte Gruppe im Bildungssystem und zugleich die, über deren Köpfe am häufigsten hinweg entschieden wird. Mit dem Zehn-Punkte-Plan hat der

Landesschüler*innenrat Brandenburg eine durchdachte, mit Studien belegte Agenda vorgelegt. Für eine Partei, die Bildung als Menschenrecht und nicht als Ware versteht, ist Solidarität damit selbstverständlich.

Bildung entscheidet über Lebenschancen – noch immer nach Herkunft

In Deutschland hängt der Bildungserfolg stärker vom Elternhaus ab als im OECD-Durchschnitt. Ein zentraler Grund ist die frühe Aufteilung der Kinder nach Klasse 6. Diese Selektion reproduziert soziale Ungleichheit, statt sie auszugleichen. Die Forderung nach stärkerer Förderung integrierter Gesamtschulen trifft den Kern linker Bildungspolitik: längeres gemeinsames Lernen, eine Schule für alle, Durchlässigkeit ohne Verlust des sozialen Umfelds.

Leistungsdruck macht krank – Schule muss ein angstfreier Ort sein

Viele Schüler*innen erleben Schule als Ort von Stress, Druck und Versagensangst. Gleichzeitig wird die psychosoziale Versorgung ausgedünnt, Therapieplätze fehlen, Jugendclubs schließen. Eine Stelle Schulsozialarbeit pro einhundertfünfzig Schüler*innen, der Verzicht auf unangekündigte Tests und eine grundlegende Reform des Notensystems sind daher keine Luxuswünsche. Sie sind Voraussetzung dafür, dass Lernen überhaupt gelingt. Wir teilen die Kritik an einer Schule, die Konkurrenz und Selektion über Neugier und Entwicklung stellt.

DemokraHe wird in der Schule gelernt – oder verlernt

In Brandenburg gewinnen extrem rechte Kräfte gerade unter jungen Menschen an Boden, nicht zuletzt über soziale Medien. Die Antwort darauf kann nicht weniger, sondern muss mehr Demokratie sein.

Durchgehende Politische Bildung ab Klasse 5, ein eigenes Fach Medienbildung und echte Mitbestimmung stärken die Fähigkeit, Populismus, Fake News und Algorithmen kritisch zu durchschauen. Wer will, dass junge Menschen Demokratie verteidigen, muss sie Demokratie erleben lassen – in der Klasse, in der Schulkonferenz und in den Kreis- und Landesgremien.

Protest ist ein Recht, kein Schwänzen

Ob Klimastreik oder Proteste gegen Rechts: Jugendliche haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie sich einmischen. Bislang riskieren sie dafür Sanktionen. Ein gesetzlich verankertes Streikrecht mit drei entschuldigten Tagen pro Halbjahr erkennt an, dass politisches Engagement Teil von Bildung ist. Als Partei, die aus sozialen Bewegungen kommt und an ihrer Seite steht, unterstützen wir dieses Recht ausdrücklich.

Mobilität ist Teilhabe – gerade im Flächenland

Im ländlichen Brandenburg hängt Teilhabe am Bus. Wer kein Auto fahren darf und sich teure Fahrkarten nicht leisten kann, bleibt zu Hause. Die Umwandlung der Schüler*innentickets in Deutschlandtickets, wie sie einige Landkreise bereits umsetzen,

schafft landesweit gleiche Chancen auf Freizeit, Kultur, Sport und Bildungsfahrten. Das ist ein Schritt hin zu einem fahrscheinfreien öffentlichen Nahverkehr für junge Menschen.

Gute Schule braucht Geld und Zeit – nicht Spardiktat

Moderne Unterrichtsformen, entschlackte Rahmenlehrpläne, Fortbildungen für Lehrkräfte, Kreisberatungslehrkräfte und mehr Schulsozialarbeit kosten Geld. Die Forderungen des Landesschüler*innenrats machen deutlich, dass Investitionen in Bildung Investitionen in eine gerechte und demokratische Gesellschaft sind. Die Neugestaltung der Rahmenlehrpläne nach dem Ende der Kooperation mit Berlin ist eine Chance, die das Land mit Schüler*innen gemeinsam nutzen muss.

Mit Schüler*innen statt über sie

Die Linke versteht sich als Partei, die Betroffene zu Wort kommen lässt und ihre Selbstorganisation stärkt. Schüler*innen sind nicht Objekte von Bildungspolitik, sondern ihre Expert*innen. Der Zehn-Punkte-Plan verdient deshalb nicht nur Anerkennung, sondern konkrete politische Rückendeckung. Mit diesem Beschluss stellen wir uns an die Seite der Schüler*innen Brandenburgs.